

Soale-Zeitung.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Augen

werden die Originalen...

Erhalten täglich...

Schreibungs- und Geschäfts...

Die Halle monatlich bei...

Verleger der Schriftleitung...

Nr. 90.

Halle, Donnerstag, den 22. Februar

1917.

Englands Schiffsverluste seit dem 1. Februar.

Die Bündler im Krieg.

Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen, die Herren, die sich um Herrn von Wangenheim...

Was's nicht so gemeint, Herr von Wangenheim? Oder meinen Sie etwa gar, der Kaiser selbst...

Wer die Verhandlungen in den Parlamenten und in den Kommissionen aufmerksam verfolgt...

Herr von Wangenheim ist ein Politiker von v. n. g. m. b. H. Er ist ein Mann, der sich vernünftiger...

Und nun Herr Dr. Wildgrube, der neugewählte Reichstagsabgeordnete für Ostpreußen...

WTB. Amsterdam, 21. Febr. Trotz der englischen Verluste...

Öffentliche Meldung der Seeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 22. Februar. Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Amsterdamer drangen nach starker Feuerwirkung mehrere englische Kompanien...

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz...

Bei Anbruch der Dämmerung und an mehreren Stellen...

Front des Generaloberst Czernegow...

Westlich des Marsch verjagte sich Engländer vor unserer Stellung einzunehmen...

Weitere große U-Boots-Erfolge.

WTB. Paris, 21. Februar. Vile der verankerten Schiffe...

Soll Wilson über Krieg und Frieden entscheiden?

Berlin, 22. Febr. Zu dem im Senate in Washington eingegangenen Gesetze...

Möglichkeit einer Entspannung?

WTB. Köln, 20. Februar. Die „Rhein. Ztg.“ erzählt von ihrem amerikanischen Berichterstatter...

Und ebenso unbegreiflich ist es, wie man in der Entschliessung den Kaiser in Gegensatz zu der Regierung stellen zu können vermeint...

Daß die Bündler sich ausschließen, ist bekanntlich; sie werden damit jedoch wenig Eindruck machen...

Bebeutamer scheint uns die Stellungnahme der Bündler in den Wirtschaftsstagen...

Herr von Wangenheim wundert sich, daß die Wirtschaftsstagen gefunden hat...

Man hat ja noch Hafer im Frieden ausgeführt, um billige Getreide zu kaufen...

Herr Dr. Koefiede kam gar auf den Antrag Kanth und die Magazinierung zurück...

Wir solchen Zurechnungen soll man dem deutschen Volke nicht kommen; dazu ist die Zeit...

Generalversammlung des Bundes der Landwirte.

Berlin, den 21. Februar 1917. Zum ersten Male seit Kriegsausbruch...

Die Tagung der zahlreichen Landtags- und Reichstagsabgeordneten...



von Kessel zu den Kriegführenden vorgeschlagen hatte, durch die hohe Bekämpfung des Empfangs der Mitteilung demotiviert.

Englische Gegenmaßnahme.

a. B. Amsterdam, 22. Februar. Aus London wird mitgeteilt: Infolge der am 1. Februar von Deutschland an England gerichteten Erklärung des U.S.-Krieges hat die englische Regierung folgende Verfügungen mit Bezug auf die englische Seepresse erlassen: Alle Schiffe, die nach oder von einem Hafen, von wo aus es möglich ist, feindliches Gebiet zu erreichen, ohne einen englischen oder einen japanischen Besatzenden Landes anzulanden, werden für feindlich, als feindliche Güter des Feindes oder Güter mit feindlicher Bestimmung und werden daher aufgebracht und gegebenenfalls vor ein Kriegsgericht gestellt.

Englands Nahrungsmittelversorgung macht weitere Sorgen. Berlin, 22. Febr. Der englische Landwirtschaftsminister gab vor einigen Tagen im Unterhause eine Rede über die Tätigkeit des Ministeriums seit seinem Amtsantritt. Obwohl er sich rechtlich Mühe gibt, heißt es in verschiedenen Stellen, geht aus seiner Rede doch klar hervor, daß die Aufgabe, die englische Nahrungsmittelversorgung zu heben, noch keinen großen Erfolg gezeitigt hätten.

Die Schiffsraumnot.

T. U. Amsterdam, 21. Febr. Der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily News“ schreibt: Es macht der Regierung viel Kopfzerbrechen, zu erheben, welche Güter von einer gewissen Bedeutung von der Einfuhr ausgeschlossen werden könnten, um Schiffsraum zu gewinnen. Es ist in dieser Richtung mehr geforscht, als ursprünglich beabsichtigt war. Lord George wird am Donnerstag über diese Frage eine Erklärung abgeben. Es wird beabsichtigt, die Einfuhr von Papier und Holzstoffen noch weiter zu beschränken, nachdem sie schon auf die Hälfte gedrückt wurde. Es sind auch Unterhandlungen mit Frankreich im Gange, um es zu veranlassen, die Einfuhr nach England zu beschleunigen.

Warum Schweden Englands Niederlage wünscht.

WTB. Stockholm, 21. Februar. Der Militärhistoriker Ernst Pilsen behandelt in „Militärblättern“ die rechtliche Grundlage des deutschen U-Bootkrieges und weist nach, daß England das Land war, das zuerst die alten Völkerrechtsregeln mit Füßen getreten habe. Im Hinblick hierauf erklärt Pilsen: Die Lage ist jetzt so, daß England seit 2 Jahren eine Hungerkatastrophe auf sich geladen hat; aber seine Moral kann das heutige Volk zwingen, freiwillig zu verzichten. Es hat lange genug ausgehalten und Mühsal; aber hat die große Entschuldigungsfrage gelöst. England hat die Hungerkatastrophe als Waffe gewählt. Deutschland antwortet mit der gleichen Waffe. Das ist auch kein volles Recht. Rants Volk kommt hier mit dem kategorischen Imperativ, der beabsichtigt, England zu bestrafen. Das bedeutet für uns Schweden vor allem, daß Rußland nach Osten zurückgedrängt wird. Wir hätten vor dem Kriege nichts gegen England, aber dieses Recht kämpft für die Ausbeutung der russischen Unterirdien in Europa. Deshalb müssen wir Englands Niederlage wünschen. Wir können nichts Besseres tun, als unsere Schifffahrt nach England soviel wie möglich zu unterbrechen, um das Leben unserer eigenen Matrosen zu retten. Dabei können wir über die Ostsee mehr Verbindung mit Deutschland gewinnen. Wird England durch die Klemets etc. recht, so wird die Entente geschwächt, so daß die Neutralen sich zu den Mittelmächten hingezogen fühlen. Dadurch kommen auch Schwedens Interessen in eine bessere Lage.

Bermischte Kriegsnachrichten.

England auf der Geldsuche.

Die Waller Abendblätter melden aus London: Der Erfolg, den die neue Anleihe haben wird, könne in leitenden Kreisen die Ansicht werden, daß die Besetzung der 100-Millionen-Kriegsanleihe nicht beistimmen. Ein Komitee von Wirtschaftspolitikern und Finanzleuten wird jetzt der Regierung Vor schläge, wie man die nötigen Mittel zur Deckung aufbringen könne. Die kleinen Anleihen sollen beschränkt werden, aber in Zukunft erschlossenen Bodenschätze in England, den Dominien und Indien vom Staat selbst ausgebeutet, die Erzeugung von Stahl monopolisiert werden. Schließlich sollen zur Behebung der drohenden Hungersnot staatliche Domänen in Kanada im Umfang von 200 Millionen Acres geschaffen werden.

Wird die Entente Amerika einladen?

a. B. Stockholm, 22. Februar. Wie „Nisch“ mitteilt, findet gegenwärtig innerhalb der Entente ein Meinungsunterschied statt, ob Amerika zur nächsten Pariser Konferenz eingeladen werden soll. Das Hauptthema dieser Beratungen, an denen auch Japan teilnehmen wird, soll die wirtschaftliche, finanzielle und Ernährungsfragen betreffen. Die englischen Blätter aller Richtungen treten lebhaft für die Teilnahme Amerikas an den Beratungen ein.

Die schreckliche Explosion in Arhangelsk.

Kopenhagen, 21. Febr. Dem Blatte „Haparanda Reporter“ zufolge wurde durch die letzte Explosion in Arhangelsk am 24. Januar das größte Munitions- und Sprengstofflager der Welt zerstört. Die Explosion hatte vollkommen den Charakter eines mächtigen Erdbebens. Schon durch die erste Explosion wurde die Eisenbahnstation, die 2 Kilometer entfernt lag, vollständig zerstört. Im Lager befanden sich 3000 Arbeiter, Soldaten und Polizisten, wovon nur 200 lebend gerettet wurden. Auch

aufserhalb des Lagers wurden zahlreiche Personen getötet und verletzt; von den im Hafen liegenden Schiffen sind fünf gesunken, zwei schwer beschädigt.

Rußland sucht ein Wirtschaftsbündnis mit Schweden.

a. B. Stockholm, 22. Februar. Wie die „Wirtschafts-Wedomosti“ aus politischen Kreisen erfährt, sind gegenwärtig in Rußland Bestrebungen im Gange, noch während des Krieges mit Schweden zu einem Bündnis zu kommen. Rußland ist zu großen Zugeständnissen bereit unter der Bedingung, daß Schweden sich in wirtschaftlichen Fragen mit Rußland einigt. Militärische Faktoren sollen bei der ganzen Angelegenheit keine Rolle spielen.

Unterbringung der österreichischen Kriegsinvaliden in Staatsbetrieben.

a. B. Wien, 21. Febr. Im Ministerium des Inneren fand gestern eine Beratung statt, wie die Invaliden, deren weitere Verwendbarkeit im Heeresdienste unmöglich ist, zu beschäftigen seien. In der Konferenz, an der sich die Vertreter sämtlicher Ministerien Österreich-Ungarns beteiligten, wurde beschlossen, die Invaliden nach möglicher Beschäftigung ihrer individuellen Beschäftigung in Staatsbetrieben unterzubringen, soweit die Anstellung der invaliden geworbenen Kräfte in privaten Gesellschaften und Unternehmungen verlagert sollte.

Lebensmittelpreise in Rußland.

WTB. Bern, 21. Februar. „Gazette de Lausanne“ meldet: In Gerasum wie in Gryndian macht sich die Teuerung fürchterlich fühlbar. Ein Kilogramm Zucker kostet 3/4 bis 4 Rubel, ein Kilogramm Mehl 50 Rubel. Die Nahrungsmittelpreise werden in wenig erleichtert durch die Tätigkeit des Moskauer Komitees. Hingegen ist die Lage der Flüchtlinge aus Ostbalt erschütternd. Anseher 6000 sind ohne jede Hilfe und scheinen zum Hungertode verurteilt zu sein.

Veränderungen in der U. S. Marine. Wie die „Wieder Ztg.“ mitteilt, hat der Kaiser den Kommandant Roderer zum Stellvertreter des Chefs des Kriegsministeriums (Marinektion) ernannt.

Deutsches Reich.

20 Prozent Kohlensteuer.

WTB. Berlin, 21. Febr. In dem Entwurfe des Kohlensteuergesetzes, der dem Reichstage zuging, wird die Erhebung einer Steuer von 20 Proz. des Wertes der gelieferten oder sonst abgegebenen, oder der Verwendung im eigenen Betriebe, oder dem eigenen Verbrauches zugestanden, über die eingeführten Kohle vorgeschlagen. Zur Entrichtung der Steuer ist verpflichtet, wer von ihm im Inlande gewonnene Kohle oder aus ihm gewonnener Braunkohle hergestellte Prestkohlen auf Grund eines Kaufvertrages liefert oder sie sonst abgibt, oder sie der Verwendung im eigenen Betriebe, oder dem eigenen Verbrauches zuführt. Ferner ist für die Entrichtung der Steuer verpflichtet, wer von einem anderen im Inlande gewonnene Steinkohle aufbereitet, wer von einem anderen im Inlande gewonnene Braunkohle zu Prestkohlen verarbeitet und dann auf Grund eines Kaufvertrages liefert oder sie sonst abgibt, oder sie der Verwendung im eigenen Betriebe, oder dem eigenen Verbrauches zuführt. Er erhält bei Versteuerung der bei ihm steuerpflichtig gewordenen Kohle die Steuer vergütet, welche für die Aufbereitung oder Verarbeitung bezogene Kohle entrichtet worden ist. Zur Entrichtung der Steuer für aus dem Auslande eingeführte Kohle ist der Empfänger verpflichtet. Die Steuerpflicht für die inländische Kohle tritt ein, sobald die Kohle geliefert, sonst abgegeben oder dem eigenen Verbrauches zugeführt wird. Die Steuer wird fällig am 15. des folgenden Monats. Die Steuerpflicht für die aus dem Auslande eingeführte Kohle tritt ein mit der Grenzübertrittszeit. Die Steuer wird fällig, sobald die Sendung zum freien Verkehr abgefertigt worden ist. Der Versteuerung unterliegen nicht die zur Aufrechterhaltung des Betriebs des Bergwerkes sowie der Zubereitungsanlagen erforderlichen Kohlen, ferner die geringen Mengen von Braunkohlen, welche zur Herstellung der Prestkohlen benötigt werden. Der Bundesrat ist ermächtigt, Bestimmungen zu treffen, inwieweit Kohle steuerfrei zu belassen ist die zum Betriebe von Schiffen oder Eisenbahnwagen dient, die den Verkehr mit dem Auslande vermitteln.

Die Begründung.

Die Reichsleitung hat die Erstattung dieses wichtigsten Produktionsmittels solange zurückgestellt, als die Finanzlage nicht irgend gesättigte. Nunmehr zwingt der Bedarf zur Erschließung auch dieser Steuerquelle. Der deutsche Steintohlenbergbau umfaßt 350, der Braunkohlenbergbau 465 Betriebe. Die Zahl der Betriebsinhaber ist auf etwa 500, der derzeitige Wert der deutschen Kohlenförderung auf 2000-2500 Millionen Mark zu schätzen. Die Kohlensteuer bietet demnach die Möglichkeit, den Weisse der erforderlichen Betrag von etwa 500 Mill. Mark aus einer einzigen, einfach zu veranlassenden und bei nur etwa 500 Möglichkeiten zu erhebenden Steuer zu gewinnen. Diesem Vorteil ist während der Kriegszeit ein erhebliches Gewicht beizumessen nicht nur mit Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Reichs- und Staatsbehörden, sondern auch mit Rücksicht auf die Bevölkerung.

Bei der Prüfung der wirtschaftlichen Zulässigkeit einer Kohlensteuer in der vorgeschlagenen Höhe von 20 Prozent ihres Wertes als Grundes waren die für die Zeit nach dem Kriege zu beachtenden Rücksichten, vor allem die auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Ausfuhrindustrie, zurückgestellt worden. Denn die Frage, in welchem Umfang für diese Industrie und auch für die Redereien eine Versteuerung der Kohle erträglich sein wird, läßt sich erst beantworten, wenn

die Bedingungen übersehbar sind, unter denen nach dem Kriege einerlei die Auslandsmärkte den deutschen Erzeugnissen offenstehen, andererseits die Industrien des Auslandes selbst arbeiten werden. Diese Frage ist demnach erst nach dem Kriege als ein wichtiger Teil der Steuerregelung unserer Wirtschaft zu prüfen.

Die Erhebung einer Kohlensteuer während des Krieges wird vielleicht dem Einwand begegnen, daß die Kohlenpreise, seit Kriegsausbruch nicht unerheblich gestiegen sind. Aber während des Krieges eingeführte Steuer muß einer geminderten Tragfähigkeit aufgebürdet werden. Hier werden die Bedenken durch die Tatsache wirtlich abgemindert, daß Deutschland zuerst die weitaus billigsten Kohlenpreise der Welt hat.

Im einzelnen steht die Begründung dem auseinander, weshalb einer Wertbeseinerung der Vorzug gegeben worden ist. In dem Steuerbulet fehlt nun nur noch die Reichssteuer.

Die Landtagswahl in Berlin XI.

50 Wahlmänner der Arbeiterschaft und je 60 Wahlmänner der Parteimehrheit und Bürgerlichen gewählt. In 11 Berliner Landtagswahlkreise, in dem bekanntlich für die Wahlrecht eine Erleichterung vorzunehmen ist, fanden am gestrigen Mittwoch die Wahlgänge statt, die ausgeschrieben waren oder verstorbenen Wahlmänner statt. Es waren insgesamt 269 Wahlmänner neu zu wählen. Die zu wählenden 269 Wahlmänner verteilten sich fast zu gleichen Teilen auf die drei Wahlkreise.

Zuerst wählte von 9-12 Uhr vormittags die zweite Abteilung, in der etwa 15-20 Prozent der Wahlberechtigten sich beteiligten. Eine ganze Reihe von Wählern konnte nicht vollzogen werden, weil die Büreaus nicht vollständig besetzt waren. Beide sozialdemokratische Parteien, die Fraktionsmehrheit und die Arbeiterschaftsgemeinschaft, entsandten eine rege Tätigkeit. Die Arbeiterschaftsgemeinschaft hatte noch in letzter Stunde ein Flugblatt verteilen lassen, das vor der Wahl des Mehrheitskandidaten Brunner warnte und darauf hinwies, daß die Unterzeichnung Brunners die Wahl eines „Regierungsozialisten“ bedeuten würde. Noch geringer als in der zweiten Abteilung war die Teilnahme an der Wahl in der ersten Abteilung, die von 1 bis 2 Uhr stattfand. Die dritte Abteilung wählte von 3-8 Uhr nachm. Etwa ein Drittel aller Wahlmänner des Wahlkreises (640) steht im Felde; für diese Wahlmänner finden Neuwahlen jedoch nicht statt.

Über das Ergebnis der Wahlmännerwahlen wird uns gemeldet, daß die Kandidaten der Sozialdemokratischen Arbeiterschaft und der Spartacus-Gruppe die für den Schriftsteller Dr. Franz Mehring angeht haben, haben etwa 150 Wahlmänner erlangt. Die alte sozialdemokratische Partei (Richtung Scheidemann) erhielt etwa 60 Mandate und die bürgerlichen Parteien ungefähr ebensoviele.

Einen jenseitigen Schluß auf das Ergebnis der Abgeordnetenwahl läßt dieser Ausgang der Wahlmännerwahlen noch nicht zu. Niemand weiß, für welchen Kandidaten sich die Mehrheit der Wähler gebildet haben und wie viele Männer entstehen wird. Halten sich beide sozialdemokratischen Gruppen ungefähr die Waage, was vielfach angenommen wird, so geben die bürgerlichen Wahlmänner den Ausschlag.

Der Hilfsdienstauschuß des Reichstages

trat Dienstag wieder zusammen und erledigte zunächst eine große Reihe von Petitionen, die zumest dem Reichsamt zur Berücksichtigung oder als Material überwiesen wurden. Darauf folgten zwei auf Veranlassung des Kriegsamtes geordnete Vorträge, der eine über die Unterlegung der Krieges, verlegten für bürgerliche Berufe, der andere über die Beschaffung von Jagararbeitern für Industrie und Landwirtschaft. In die Vorträge schloß sich ein lebhafter Meinungs-austausch an, in dem General Groner Veranlassung nahm, auf die absolut notwendige Beschaffung ausreichender Arbeitskräfte für die Landwirtschaft hinzuweisen. Die Beschaffung dieser Arbeitskräfte müsse unter allen Umständen sichergestellt sein, und das Kriegsamte werde, falls sich dies als notwendig erweise, auch Truppen aus dem Stappengebiet hierfür zur Verfügung stellen. Dies nahm die Redner aller Parteien mit Befriedigung zur Kenntnis. In der weiteren Debatte verlangte ein fortschrittlicher Abgeordneter erhöhten Schutz der Arbeiter der Munitionsindustrie gegen Explosionsgefahr und bessere Regelung der Kohlenverfügung der Industrie, auch durch bestmögliche Förderung der Kohlenfreiheit aus Österreich. Ein Generalkommando habe die nichtrechtzeitige Entladung beladener Waggons mit erheblichen Strafen bedroht. Dieses Vorgehen wurde als nicht zulässig bezeichnet. — Sodann beschäftigte sich der Ausschuss eingehend mit dem Entwurf einer Verordnung über die Versicherung der im vaterländischen Hilfsdienst tätigen Personen. Die bis ins Einzelne gehende Verordnung soll grundsätzlich im Rahmen und auf der Grundlage der Reichsversicherungsordnung auch den im Hilfsdienst beschäftigten Personen die Segnungen der Sozialpolitik der Gesetzgebung zuteil werden lassen. Die Verordnung zerfällt in drei Versicherungsarten der Kranken-, Unfall- und Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Die Aussprache darüber dauerte mehrere Stunden, der Regierungsentwurf wurde nur wenig abgeändert. Bei der Unfallversicherung jedoch fand eine bedeutendere Aenderung statt. Der vorgeschlagene Jahresarbeitslohn von 820 Mark für Landarbeiter und 1200 Mark für gewerbliche und landwirtschaftliche Arbeiter wurde als zu niedrig bemängelt. Nachdem Vorträge der Sozialdemokraten und der Ironiearbeiter auf Befreiung von 1500-2000 M. als unzureichend abgelehnt waren, wurde auf fortschrittlichen Antrag einstimmig beschlossen, 1200 bzw. 1800 M. festzusetzen. Damit erhoffen sich entsprechend die Militärinvalidenfrage.

Das konzentrierte Licht Osram-Azola Gasgefüllt bis 2000 Watt

Neue Typen Osram-Azola Gasgefüllte Lampen 25 und 60 Watt

